

Kasri zum Gesellschaftsjahr: „Ein Tor zur Pflege wird wieder geöffnet.“

bpa sieht Chancen in einem Sozialen Dienst, fordert aber parallel den Ausbau der Ausbildungsstrukturen

Zu den CSU-Plänen für ein verpflichtendes „Gesellschaftsjahr“ sagt der bayerische Landesvorsitzende des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa), Kai A. Kasri:

„Mit einem Gesellschaftsjahr wird ein wichtiges Tor zur Pflege wieder geöffnet. Wir erinnern uns gut daran, wie viele junge Menschen durch den Zivildienst die Begeisterung für eine Tätigkeit in der Pflege entdeckt haben. Einen solchen Zugang wieder zu ermöglichen, ist gut.

Doch damit werden die grundlegenden Personalprobleme in der Pflege nicht gelöst. Der immense Bedarf kann nur mit einem deutlichen Ausbau der Ausbildungsstrukturen und einer Beschleunigung der Zuwanderung in die Pflegeberufe durch eine sogenannte ‚Kompetenzvermutung‘ gedeckt werden.

Das Gesellschaftsjahr muss also mit starken Maßnahmen zur Sicherung der pflegerischen Versorgung flankiert werden und darf nicht alleine stehen.“

**Für Rückfragen: Joachim Görtz, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle,
Tel.: 089/890 44 83 20**

Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.

Landesgeschäftsstelle
Bayern
Westendstraße 179
80686 München

Telefon: +49 89 890448320
Telefax: +49 89 890448321

bayern@bpa.de
www.bpa.de

Der bpa in den Sozialen Medien:
www.linktr.ee/der_bpa

Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) bildet mit mehr als 13.000 aktiven Mitgliedseinrichtungen (davon über 1.600 in Bayern) die größte Interessenvertretung privater Anbieter sozialer Dienstleistungen in Deutschland. Einrichtungen der ambulanten und (teil-)stationären Pflege, der Behindertenhilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe in privater Trägerschaft sind systemrelevanter Teil der Daseinsvorsorge. Als gutes Beispiel für Public-private-Partnership tragen die Mitglieder des bpa die Verantwortung für rund 395.000 Arbeitsplätze und circa 29.000 Ausbildungsplätze. Die Investitionen in die soziale Infrastruktur liegen bei etwa 31 Milliarden Euro.